

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
(21. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/11621 –**

### **India-Middle East-Europe Economic Corridor vorantreiben und zum Erfolg machen**

#### **A. Problem**

Bilaterale Abkommen und die gegenwärtige europäische Handels- und Nachbarschaftspolitik reichen nach Ansicht der Antragstellerin nicht mehr aus, um den teilweise expansiven Aktivitäten anderer Staaten angemessen begegnen zu können. Vielmehr bedürfe es überregionaler Großprojekte, die eine stabile wirtschaftliche und diplomatische Verbindung herstellen könnten. Ein solches Großprojekt sei der „India-Middle East-Europe Economic Corridor“ (IMEC), der eine engere Verkehrs- und Wirtschaftsverknüpfung zwischen Indien, dem Nahen Osten und Europa schaffen soll und für den Deutschland und sieben weitere Parteien im Rahmen des G20 Gipfels am 10. September 2023 bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet hätten. Deutschland müsse sich in diesem Zusammenhang frühzeitig als treibende Kraft positionieren, um die richtigen Weichen für den Standort Deutschland und Europa zu stellen. Der Deutsche Bundestag sollte daher die Bundesregierung auffordern, die konkreten Chancen, die sich im Zusammenhang mit dem IMEC bieten, aktiv zu nutzen und dafür zu sorgen, dass der IMEC effizienzorientiert und bürokratiearm auf nationaler und internationaler Ebene zwischen den Vertragspartnern ausgestaltet wird.

#### **B. Lösung**

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union schlägt die Ablehnung der Vorlage vor.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/11621 abzulehnen.

Berlin, den 9. Oktober 2024

## **Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

**Dr. Anton Hofreiter**  
Vorsitzender

**Markus Töns**  
Berichtersteller

**Ralph Brinkhaus**  
Berichtersteller

**Chantal Kopf**  
Berichterstellerin

**Carl-Julius Cronenberg**  
Berichtersteller

**Dr. Rainer Rothfuß**  
Berichtersteller

## **Bericht der Abgeordneten Markus Töns, Ralph Brinkhaus, Chantal Kopf, Carl-Julius Cronenberg und Dr. Rainer Rothfuß**

### **I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 20/11621** wurde in der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 2024 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Nach Auffassung der Antragsstellerin seien bilaterale Abkommen und die gegenwärtige europäische Handels- und Nachbarschaftspolitik nicht länger allein ausreichend, um den teils expansiven Aktivitäten einzelner Staaten angemessen zu begegnen. Erforderlich seien vielmehr große, regionenübergreifende Projekte, die eine stabile wirtschaftliche und diplomatische Verbindung herstellen könnten. Eine solche Initiative sei das Projekt „India-Middle East-Europe Economic Corridor“ (IMEC), für das Deutschland und sieben anderen Parteien im Rahmen des G20 Gipfels am 10. September 2023 eine Absichtserklärung unterzeichnet hätten; Israel solle zu einem späteren Zeitpunkt Vertragspartei werden.

Ziel des IMEC sei es, eine engere Verkehrs- und Wirtschaftsverknüpfung zwischen Indien, dem Nahen Osten und Europa zu schaffen. Hierfür solle ein Korridor geschaffen werden, der durch Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Jordanien, Israel, Griechenland, Italien, Frankreich und Deutschland verlaufe. Die Absichtserklärung sehe die Schaffung direkter Eisenbahn- und Schifffahrtsverbindungen sowie den Ausbau von Stromnetzen, Datenkabeln und Energieprojekten zwischen Indien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien, Jordanien, Israel, Griechenland, Italien, Frankreich und Deutschland vor. Seitens der Europäischen Union werde das Projekt über die Initiative Global Gateway teilfinanziert.

Der geplante Korridor solle durch die regionale Verbindung neuer Transportwege die grenzüberschreitende Kooperation vorantreiben und den Handel zwischen den beteiligten Partnerstaaten um 40 Prozent beschleunigen. Im Vordergrund stehe die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Kosteneinsparungen und verkürzte Transitzeiten, Handels erleichterungen, Schaffung neuer Marktzugänge und Investitionsmöglichkeiten. Ein weiterer Vorteil des IMEC sei außerdem, dass er die technologische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von China stärken könne, da er eine wünschenswerte Alternative zur Belt and Roads Initiative schaffe. Schließlich ergänze der IMEC das europäische Handelsgeschehen im indopazifischen Raum sinnvoll.

Außerdem habe das Projekt diplomatisches Potenzial, es könne einen Beitrag dazu leisten, im Gebiet der künftigen Vertragsstaaten Vertrauen aufzubauen und nachhaltig Stabilität und Sicherheit in die Region zu bringen. Das gelte insbesondere vor dem Hintergrund des brutalen Angriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sowie der insgesamt herausfordernden Lage in der Golfregion.

Ungeachtet des Umstandes, dass eine detaillierte Ausgestaltung des IMEC noch ausstehe, müsse Deutschland sich frühzeitig als treibende Kraft positionieren, um die wichtigen Weichen für den Standort Deutschland und Europa zu stellen.

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern,

1. sich aktiv an der genauen Ausgestaltung und Umsetzung des geplanten IMEC zu beteiligen und die Verhandlungen hierzu maßgeblich so voranzutreiben, dass die Bau- und Finanzierungspläne schnellstmöglich konkretisiert und anschließend zügig in die Tat umgesetzt werden. Darüber hinaus ist dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechenden finanziellen Mittel, die für die Umsetzung des IMEC notwendig sind, bereitgestellt und gegenfinanziert werden;

2. durch den IMEC bestehende diplomatische Beziehungen Deutschlands und Europas nach Indien und in den Nahen Osten zu verbessern und zu intensivieren, um bereits bestehende politische und wirtschaftliche Orientierungen an die westlichen Länder zu begünstigen;
3. die Handelsbeziehungen insbesondere für den Aufbau eines starken globalen Business Cases für die Dekarbonisierung der Industrie zu nutzen und die Ziele der Agenda 2030 entlang des Korridors gemeinsam voranzutreiben;
4. bei den Verhandlungen insbesondere darauf zu achten, dass der IMEC effizienzorientiert und bürokratiearm auf nationaler und internationaler Ebene zwischen den Vertragspartnern ausgestaltet wird und alle administrativen Prozesse, die mit diesem Projekt zusammenhängen – insbesondere handelsrechtliche Regelungen, Genehmigungsverfahren, Aufnahmeverfahren, Informationsangebote – vollständig digital und so einfach, transparent und funktional wie möglich umgesetzt werden. Zollrechtliche Regelungen, welche der Umsetzung potenziell entgegenstehen oder diese verzögern könnte, müssen frühzeitig erkannt und mit den beteiligten Vertragsparteien schnell und unbürokratisch geklärt und beseitigt werden;
5. darauf hinzuwirken, dass auch Israel künftig in die Gespräche mit den IMEC-Vertragsunterzeichnern und damit konkret in das Projekt eingebunden wird;
6. dem Deutschen Bundestag regelmäßig über den Ausgestaltungs- und Umsetzungsstand des IMEC Bericht zu erstatten.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 73. Sitzung am 9. Oktober 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 82. Sitzung am 9. Oktober 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/11621 in seiner Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt, mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, Indien sei mit einem Sechstel der Weltbevölkerung einer der wichtigsten Staaten der Welt, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht als fünftgrößte Volkswirtschaft, sondern auch angesichts seiner geopolitischen Bedeutung. Der indische Premierminister Modi agiere mit dem Anspruch, der Führer des globalen Südens zu sein. Deutschland und die EU beschäftigten sich viel zu wenig mit Indien. Dies sei umso bedauerlicher, da man mit Indien als demokratischem Staat weitaus mehr Werte teile als etwa mit China. Der vorliegende Antrag wolle dem entgegenwirken. Für Ende Oktober stünden deutsch-indische Wirtschaftskonsultationen an, auf die der Deutsche Bundestag eingehen sollte. In der Abschlusserklärung des letzten G20-Gipfels finde sich das Memorandum of Understanding zum India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC). In Indien werde bereits an diesem Korridor gearbeitet, der von der indischen Westküste über die Golfstaaten, Israel und den Libanon bis in den Mittelmeerraum führen soll. IMEC sei ein Korridor, der nicht nur dem Güterverkehr dienen werde, sondern auch für erneuerbare Energien und für Kommunikationszwecke. Offenbar werde weder in der Europäischen Kommission noch in der Bundesregierung ernsthaft an diesem Projekt gearbeitet. Zwar sei angesichts der geopolitischen Konstellationen der Ausgang ungewiss, dennoch wäre es wünschenswert, dass daran gearbeitet würde. Manchmal sei auch der Weg das Ziel. Deutschland täte gut daran, sich auf vielen Ebenen mit Indien zu vernetzen. Der Antrag sollte auf jeden Fall Anlass sein, eine gute Debatte über Indien zu führen. Sie gehe davon aus, dass im Ausschuss Einigkeit darüber bestehe, dass man sich mehr mit Indien beschäftigen müsse.

Die **Fraktion der SPD** stimmte zu, dass Indien stärker in den Blick genommen werden müsse und dabei die Lage im Nahen und Mittleren Osten zu berücksichtigen sei. Jedoch sei sie mit dem Antrag nicht einverstanden, da das

Projekt IMEC darin falsch bewertet werde. Die Bundesregierung habe sich bereits am Rande des G20-Gipfels mit IMEC befasst, welches ein gutes Projekt sei. Die Fraktion der CDU/CSU kritisiere regelmäßig die Verknüpfung von Handelsfragen mit anderen politischen Themen, verknüpfe aber nun selbst in ihrem Antrag IMEC, welches primär ein Handels- und Investitionsthema sei, mit außenpolitischen Fragen. Irritierend sei auch, dass zwar zu Recht auf Israel verwiesen werde, das in das Projekt einbezogen werden müsse, die eskalierende Situation im Nahen Osten aber nicht angemessen problematisiert werde. Völlig offen sei auch, wie die mit dem IMEC verbundene Infrastruktur finanziert werden solle. Allein für den Euro-Asia-Interconnector seien ca. 3,9 Mrd. Dollar veranschlagt, die Finanzierung sei noch völlig ungeklärt. Die für Global Gateway vorgesehenen Mittel in Höhe von 300 Mrd. Euro seien größtenteils bereits für Projekte in Afrika vorgesehen und somit nicht verfügbar. Der Antrag sei in dieser Form nicht zustimmungsfähig.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, dass man in der Sache nicht weit auseinanderliege. Das IMEC-Projekt sei wichtig, die Bundesregierung habe sich dafür eingesetzt und das Projekt beim G20-Gipfel mit auf den Weg gebracht. Man sei sich einig, dass Indien ein wichtiger Partner sei und zunehmend wichtiger werde. Auch die Industrie orientiere sich in relevanten Teilen vermehrt in Richtung Indien und nicht mehr nur in Richtung China. Gleichwohl gebe der Antrag keine Antwort auf die aktuellen Hindernisse, die derzeit im Wege stünden. Dies sei zum einen die angesprochene Eskalation im Nahen Osten. Zum anderen bleibe der Antrag die Antwort schuldig, wie der politische Wille auf EU-Ebene und die Umsetzung des gesamten Global Gateway-Vorhabens vorangetrieben werden könne. Global Gateway sei schließlich nicht allein ein Anliegen der deutschen Bundesregierung, die hier eine sehr klare Position habe, sondern ein gesamteuropäisches Projekt. Man sehe daher keinen Mehrwert in dem Antrag und könne ihm so nicht zustimmen, begrüße aber weitere Debatten zu diesem Thema und zur Zusammenarbeit mit Indien im Allgemeinen.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, dass der Antrag viele Allgemeinplätze enthalte. So werde etwa gefordert, sich aktiv zu beteiligen, die diplomatischen Beziehungen zu verbessern, Handelsbeziehungen für Geschäftsmodelle zu nutzen, IMEC bürokratiearm auszugestalten und einfach umzusetzen, Israel einzubinden und dem Bundestag regelmäßig Bericht zu erstatten. Es sei nicht erkennbar, was mit dem Antrag bezweckt werde. Wenn damit die Bundesregierung kritisiert werden sollte, dass sie zu wenig für den Handel oder für Indien insgesamt tue, so sei dies unberechtigt. Man habe CETA ratifiziert, man treibe das Abkommen mit den Mercosur-Staaten und auch mit Australien voran - die Schwierigkeiten lägen derzeit bei Frankreich - und in zwei Wochen finde die Asien-Pazifik-Konferenz der deutschen Wirtschaft in Delhi statt. Es werde also viel getan und IMEC gehe im Übrigen auf den G7-Gipfel 2022 zurück, zu dem die Bundesregierung eingeladen hatte. Wenn der Antrag dazu auffordere, Indien und IMEC in den Mittelpunkt zu stellen, so sei dem entgegenzuhalten, dass es großes diplomatisches Geschick erfordere, um in einer ohnehin instabilen geopolitischen Lage keine falschen oder missverständlichen Akzente zu setzen. Zu denken sei etwa an den Kaschmir-Konflikt, an den Irak und Ägypten oder an die Westküste Afrikas, die sich zurückgesetzt fühlen könnten. Vielleicht wolle der Antrag aber auch davon ablenken, dass man sehr wenig Einfluss auf die Europäische Kommission und die Präsidentin der Kommission habe. In diesem Fall wäre es angebracht, gemeinsam die Kommissionspräsidentin zu bewegen, sich insbesondere in Paris für eine offensive Handelspolitik einzusetzen. Wenn der Antrag aber nur darauf abziele, eine Debatte über Indien zu führen, dann sei dies jetzt erfolgt. In allen vier Fällen sei jedenfalls nicht erkennbar, warum die Zustimmung zu dem Antrag notwendig sei, um IMEC voranzubringen.

Die **Fraktion der AfD** monierte, der Antrag zeige, dass im Vorfeld keine ausreichende Beschäftigung mit dem Thema stattgefunden habe. Die Forderungen an die Bundesregierung seien entweder unkonkret oder falsch. Es sei richtig, über IMEC zu sprechen, aber Indien wende sich in erster Linie den BRICS-Staaten zu. Die westliche Welt müsste Indien einen attraktiven Markt in Aussicht stellen, damit es sich nicht weiter abende. Hier liege jedoch aktuell ein Hauptversagen der Bundesregierung. Der Antrag habe den falschen Fokus. Dies zeige sich insbesondere an zwei Stellen. So werde gefordert, die Bundesregierung solle mit Finanzierungszusagen für IMEC in Vorlage gehen und entsprechende Bau- und Finanzierungspläne konkretisieren und umsetzen. Das Vorhaben sei jedoch zunächst diplomatische Verhandlungssache. Der Ansatz, erst Geldgeschenke zu machen und dann zu erwarten, dass sich daraus etwas entwickeln werde, sei falsch. Auch die Forderung unter Nummer 3, die Handelsbeziehungen für die Idee der Wasserstoffpipeline bzw. für die Dekarbonisierung der Industrie und die Ziele der Agenda 2030 entlang des Korridors zu nutzen, sei verfehlt. Vielmehr müsse der Fokus auf rentierlichen Wirtschaftsbeziehungen liegen und nicht auf Dekarbonisierungsprojekten, die nicht finanzierbar seien, zu Verlusten führten und die Wirtschaft nachhaltig schädigten. Die Idee der Dekarbonisierung der Industrie sei ein Fehlweg, und habe in Schwellenländern wie Indien und China keine Aussicht auf Realisierung. Deutschland müsse zu einer

Wirtschaftspolitik zurückkehren, die auch finanziell nachhaltig sei. Dann wären auch Fortschritte bei IMEC und den dafür erforderlichen diplomatischen Verhandlungen möglich.

Berlin, den 9. Oktober 2024

**Markus Töns**  
Berichtersteller

**Ralph Brinkhaus**  
Berichtersteller

**Chantal Kopf**  
Berichterstellerin

**Carl-Julius Cronenberg**  
Berichtersteller

**Dr. Rainer Rothfuß**  
Berichtersteller

